



Medienkonferenz

Sperrfrist: 28. August 2008, 11.00 Uhr

Anlass	Medienkonferenz zum Städtetag des Schweizerischen Städteverbandes
Thema	„Städte als Wirtschaftsmotoren stärken - dank verbindlicher Agglopolitik und genügendem Infrastrukturfonds!“
Datum, Zeit	28. August 2008, 10.00 Uhr
Ort	Lugano, Palazzo Civico
Referent	Dr. Marcel Guignard, Präsident Schweizerischer Städteverband, Stadtpräsident Aarau
	<i>Es gilt das gesprochene Wort</i>

Sehr geehrte Damen und Herren

In die föderalistischen Strukturen der Schweiz kommt zunehmend Bewegung. Die territoriale Gliederung, welche in weiten Teilen auf das 19. Jahrhundert zurückgeht, befriedigt nicht mehr überall. Funktionale Räume und politische Gemeinden stimmen nicht mehr überein; viele Probleme lassen sich nur in enger Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden lösen oder bedingen ein Zusammengehen innerhalb der einzelnen politischen Ebene. Für die Metropolitanräume gewinnen auch Länder übergreifende Wege der Zusammenarbeit zunehmend an Bedeutung. Die Schweiz braucht folglich eine starke Agglomerationspolitik, welche die Städte und Agglomerationen in ihrer Rolle als Wirtschaftslokomotiven im Interesse aller Regionen und des Standorts Schweiz unterstützt.

Die Zusammenarbeit im föderalistischen System ist deshalb eng verknüpft mit der Agglomerationspolitik des Bundes. Er

fördert einerseits die Zusammenarbeit in den Agglomerationen, indem er Modellvorhaben unterstützt. Andererseits verlangt er für Beiträge aus dem neuen Infrastrukturfonds zur Unterstützung der Investitionen in den Agglomerationsverkehr Agglomerationsprogramme. Leider verfügt er aber heute immer noch nicht über gesetzliche Grundlagen für die Agglomerationspolitik.

Der Städteverband ist deshalb der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates dankbar: Sie hat unsere Forderung nach einer Verankerung der Agglomerationspolitik im Raumplanungsgesetz übernommen und in einer Kommissionsmotion formuliert. Der Nationalrat und auch die vorberatende Kommission des Ständerates haben dieser Motion zugestimmt. Der Städteverband fordert konkret folgende Anpassungen des Raumentwicklungsgesetzes:

- **Die vom Bund von den Städten verlangten Agglomerationsprogramme sind gesetzlich zu regeln.**
- **Für die bereits laufende Förderung der Modellvorhaben der Zusammenarbeit in den Agglomerationen ist eine gesetzliche Grundlage zu schaffen.**
- **Der Bund muss verpflichtet werden, seine Regionalpolitik – auch diejenige für die Agglomerationen – mit den andern Sektoralpolitiken zu koordinieren.**

Auch wir ermuntern unsere Mitglieder selbstverständlich (deshalb auch unser Tagungsthema heute Nachmittag!), die verbindliche Zusammenarbeit in den Agglomerationen zu fördern und, dort wo es möglich und sinnvoll ist, den Weg der Fusion zu beschreiten. Unser Appell, die Zusammenarbeit zu fördern, geht auch an die Kantone.

Welche Art der Zusammenarbeit ist aber die beste und wirkungsvollste? Die Palette reicht von lockerer Zusammenarbeit über Zweckverbände, andere vertragliche Bestimmungen und gesetzlich verankerte Institutionen bis zur Fusion. Die Antwort ist so komplex wie die Fragestellung. Was aufgrund objektiver Kriterien am meisten Gewinn versprechen mag, kann aufgrund subjektiver Faktoren scheitern oder sich verzögern.

Eine Fusion zwischen politischen Gemeinden ist die verbindlichste und dabei eine demokratisch legitimierte Form der Zusammenarbeit. Sie schafft keine neue politische Ebene mit höherer Komplexität, und sie bringt Transparenz und einen Demokratiegewinn. Gerade der Verlust an Demokratie ist ja ein heikler Punkt bei andern Zusammenarbeitsformen, die mit der Verlagerung von Kompetenzen auf die nächsthöhere Stufe verbunden sind. Fusionen zwischen Kernstädten und Agglomerationsgemeinden, die für uns hier im Zentrum stehen, bringen noch einen gewichtigen Vorteil: Sie schaffen eine faire Ausgewogenheit zwischen demokratischer Mitwirkung, finanzieller Verantwortung und erzieltm Nutzen.

Dennoch sind Fusionen kein einfacher Weg, auch wenn ihre Zahl zunimmt. Ihr Erfolg ist an eine Reihe von Bedingungen geknüpft.

- A) Eine Fusion muss Bürgerinnen und Bürgern einen konkreten, nachvollziehbaren Vorteil bringen. Solche Vorteile können sein:
- 1 Ein Standort erhält im *Wettbewerb* mehr Gewicht. Das ist wirtschaftlich wie politisch und in der Konkurrenz um finanzielle Mittel interessant.
 - 2 Die *Nutzungsplanung* wird vereinfacht. Dank grösserer Fläche entsteht mehr Gestaltungsspielraum mit Wachstumspotenzial. Wohn- und Arbeitsraum kann

vielfältiger, attraktiver und zukunftsorientiert strukturiert werden. Diese Elemente sind für Einwohnerinnen und Einwohner, potenzielle Neuzuzüger und Arbeitgeber von Interesse.

3 Die *Lebensqualität* kann erhöht werden, weil attraktivere Infrastrukturen zur Verfügung stehen – von Bildungsinstitutionen über Einkaufsmöglichkeiten bis hin zu Freizeit und Kultur.

B) Eine Fusion muss ökonomisch zu rechtfertigen sein. Dabei spielen eine Reihe von Faktoren eine Rolle, zum Beispiel:

1 Die *Infrastruktur* kann langfristig besser geplant und damit wirtschaftlicher angelegt und genutzt werden. Der demokratische Planungsprozess überregionaler Infrastrukturen wie zum Beispiel der Ausbau einer Bahnstrecke wird zudem entscheidend vereinfacht.

2 *Dienstleistungen* zugunsten der Einwohnerinnen und Einwohner lassen sich effizienter erbringen. Zudem kann es leichter sein, spezialisierte Kräfte zu engagieren, was eine höhere Qualität der Dienstleistungen ermöglichen kann. Dies spielt dann eine besondere Rolle, wenn sich im Arbeitsmarkt qualifiziertes Personal nicht einfach rekrutieren lässt.

Auch wenn diese Bedingungen erfüllt sein mögen, weht Fusionen oft ein rauer Wind entgegen. Dabei geht es oft um weiche Faktoren, welche sehr ernst zu nehmen sind.

Noch ist das Autonomiedenken stark verankert – Zentralisierungsbestrebungen von Bund und Kantonen werden ja entsprechend kritisch betrachtet. Und offenbar ist das Vertrauen in die Dienstleistung der eigenen Gemeinde doch gross und geprägt durch die lokale Verankerung, die örtlichen Kenntnisse, das Gefühl der Zugehörigkeit und

Identität und die historisch gewachsenen Verhältnisse. Hinzu kommen Fragen rund um Machtverteilung und Machtverlust. Und wenn es um den Zusammenschluss zwischen einer Stadt und einer Agglomerationsgemeinde geht, können städtische und eher ländlich geprägte Befindlichkeiten ein Spannungsfeld erzeugen. Das Land hat Angst, von der Stadt erdrückt zu werden. Die Stadt hat Angst, vom Land überstimmt zu werden. Verschärft stellen sich diese Fragen in der Zusammenarbeit, welche über Landesgrenzen hinaus Wirtschaft und Gesellschaft Vorteile bringen kann.

Als Stadtpräsident von Aarau habe ich mich sehr gefreut, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Rohr und Aarau letzten Februar den Vertrag über den Zusammenschluss der Gemeinden Rohr und Aarau zur Einwohnergemeinde Aarau mit einem Ja-Stimmen-Anteil von jeweils rund 82 % gutgeheissen haben. Die Fusion wird Anfang 2010 in Kraft treten. Meine konkrete Erfahrung mit diesem partizipativen Fusionsprozess hat mich in meiner Haltung bestärkt, die ich so ausdrücken möchte:

Grössere funktionale Räume spiegeln zunehmend die wahren Vernetzungen von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beziehungen. Die ökonomischen und objektiven Vorteile einer Fusion liegen oft auf der Hand. Eine Fusion mag letztlich die wohl fairste Form der Zusammenarbeit sein und Transparenz und Demokratiegewinn bedeuten. Der ökonomische Druck auf Zusammenschlüsse wird steigen. Zentren werden, mit Recht, immer weniger bereit sein, Lasten zu tragen, welche die Umlieger mitfinanzieren müssten, weil sie davon profitieren. Die Anforderungen an professionelle Dienstleistungen steigen. Dennoch bin ich überzeugt: Erzwingen lässt sich ein Zusammenschluss trotz all dieser Argumente kaum. Aarau folgt deshalb dem Grundsatz: Wir sind offen für

Fusionsanfragen und begrüßen Zusammenschlüsse, aber Erfolg versprechend ist ein Prozess vor allem dann, wenn alle Partner das Zusammengehen aktiv suchen.

Deshalb werden wohl andere Modelle der Zusammenarbeit, welche die territorialen Grenzen nicht in Frage stellen, ebenfalls noch längere Zeit bestehen.

Mit einer entschlossenen und verbindlichen Agglomerationspolitik kann der Bund aber wichtige Anreize setzen. Und ich erhoffe mir auch, dass erfolgreiche Fusionen im Interesse von Bevölkerung, Wirtschaftsstandorten und Umwelt eine Dynamik auslösen – wer einen Weg selber beschritten hat, hat die besten Argumente.

Eine für den Städteverband auf Bundesebene ebenso wichtige Baustelle in der Agglomerationspolitik wie die genannten Aspekte ist der Verkehr. Mit dem Infrastrukturfonds konnte für den Verkehr Wesentliches erreicht werden. Für den Erfolg mitentscheidend war, dass öffentlicher und motorisierter Individualverkehr gemeinsam in die gleiche Richtung gezogen haben. Zu diesem Kompromiss gilt es Sorge zu tragen. Doch trotz des Erfolges: Wir müssen feststellen, dass der Infrastrukturfonds bereits heute zu wenig Mittel aufweist, um den Agglomerationsverkehr zielgerichtet zu sanieren. Zudem ist ein zielstrebiges Ausbau des Bahnnetzes für das Städtenetz Schweiz unerlässlich. Leider ist dieser Ausbau mit der Aufgabenüberprüfung des Bundes und wegen mangelnder Finanzen gefährdet. Dazu wird sich die neue Direktorin unseres Verbandes, Renate Amstutz, äussern.